STIFTUNG Marktwirtschaft

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 27. August 2025

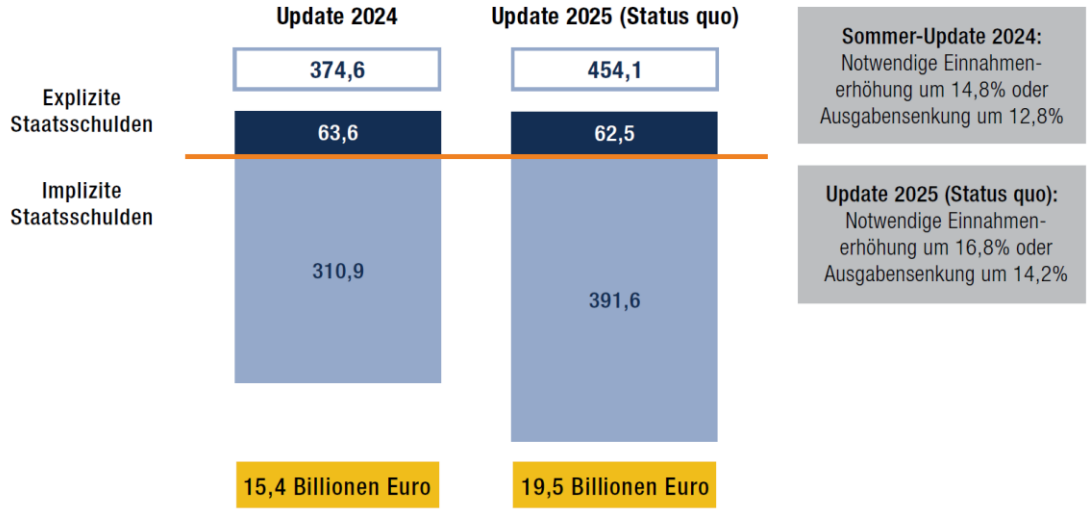
Ehrbarer Staat? Generationenbilanz Update 2025:
Schuldenanstieg macht Reformen in den sozialen Sicherungssystemen noch dringlicher

Die Schuldentransparenz liegt in Deutschland auf einem historischen Tiefstand. Die durch die Nachhaltigkeitslücke gemessene Gesamtsumme der Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte beläuft sich auf 19,5 Billionen Euro (454,1 Prozent des BIP), wovon lediglich 2,7 Billionen Euro als explizite Staatsschulden ausgewiesen sind. Die von der Bundesregierung begonnene schuldenfinanzierte Investitionsoffensive muss dringend durch eine Reformoffensive in den Sozialversicherungen sowie Konsolidierungsschritte bei den konsumtiven Staatsausgaben ergänzt werden. Das Rentenpaket 2025 bewirkt das Gegenteil und ist daher ein Schritt in die falsche Richtung.

Die aktuellen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur deutschen Generationenbilanz zeigen, dass sich die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Schulden von 15,4 Billionen Euro (374,6 Prozent des BIP) im Vorjahr auf nunmehr 19,5 Billionen Euro (454,1 Prozent des BIP) erhöht hat. Davon entfallen lediglich 2,7 Billionen Euro auf explizit ausgewiesene Staatsschulden, während der Großteil von 16,8 Billionen Euro aus impliziten Schulden besteht. „So schlecht stand es noch nie um die Schuldentransparenz in Deutschland: Mehr als sechs Siebtel der staatlichen Gesamtverschuldung bestehen aus impliziten Schulden, die sich aus künftigen Ausgabenverpflichtungen des Staates ergeben, die durch das gegenwärtige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckt sind“, warnt Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft.

Um die bestehende Nachhaltigkeitslücke zu schließen, sind im Status quo entweder dauerhafte Ausgabenkürzungen in Höhe von 14,2 Prozent oder Einnahmenerhöhungen um 16,8 Prozent erforderlich. „Trotz des enormen finanzpolitischen Konsolidierungsdrucks nimmt die Bundesregierung mit ihren politisch motivierten Leistungsausweitungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung in erster Linie die Interessen der Rentner und ruhestandsnahen Jahrgänge in den Blick, mit fatalen Folgen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und damit zu Lasten der nachfolgenden Generationen“, kritisiert Raffelhüschen.

Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte steigt um 79,5 Prozentpunkte auf 454,1 Prozent des BIP
Nachhaltigkeitslücke in Prozent des jeweiligen BIP*



**Referenz-BIP für Update 2025 (BIP 2024) = 4,31 Billionen Euro; Update 2024 (BIP 2023) = 4,12 Billionen Euro.*
Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge

Das Rentenpaket 2025 wird mit der Rentenniveauhaltelinie von 48 Prozent und der Mütterrente III die implizite Staatsschuld um weitere 17,7 Prozent des BIP erhöhen. Damit fällt die Gesamtbelastung zwar etwas geringer aus als es beim Rentenpaket II der Ampel-Koalition aus dem Jahr 2024 der Fall gewesen wäre, die Wirkung bleibt jedoch verheerend. Zudem bedeutet die vorgesehene Erstattung der durch das Rentenpaket 2025 entstehenden Mehrausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung durch den Bund, dass zukünftig bis zu 31,3 Prozent der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes direkt in die Rentenkasse fließen könnten.

Allerdings wäre auch die Finanzierung über höhere Beitragssätze keine sinnvolle Lösung, sondern würde die Arbeitnehmer zunehmend finanziell überfordern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland weiter schwächen. Darüber hinaus bedeuten steigende Beitragssätze aufgrund der Abzugsfähigkeit von Sozialversicherungsbeiträgen als Sonderausgaben signifikante Ausfälle bei der Einkommensteuer, wodurch sich laut Raffelhüschen die Konflikte über die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern perspektivisch noch weiter verschärfen dürften.

„Statt kurzfristig bequemer Klientelpolitik für Rentner und Baby-Boomer, die zu langfristigen Überlastungen führt, braucht es ein nachhaltiges und generationengerechtes rentenpolitisches Umsteuern, basierend auf Kompromissen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Dazu gehört eine Kopplung des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung, eine faire Verteilung der demografischen Lasten zwischen Rentnern und Beitragszahlern, qualifizierte Zuwanderung sowie endlich eine echte Teilkapitaldeckung in der Rente für die Jungen“, fordert Raffelhüschen.

Die ausführliche Studie finden Sie hier.

Ansprechpartnerin

Dr. Ann Zimmermann
Leitung Kommunikation
zimmermann@stiftung-marktwirtschaft.de

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
D-10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57 33
www.stiftung-marktwirtschaft.de